

Europa

## Transferunion

**Der dauerhafte Rettungsfonds für Schuldenstaaten öffnet das Tor zu Transfers in unbekannter Höhe. Als Solidarität von Starken für Schwache wird das bisweilen verkauft. Aber was ist daran solidarisch, wenn ein armes Land wie Slowenien, das sich an die Regeln gehalten hat, für ein reiches Land wie Irland zahlen muss, das die Regeln gebrochen hat?**

Von Holger Steltzner

24. März 2011 Die Geschichte des Euro ist eine Reihe gebrochener Versprechen. Dem Euro müsse die politische Union folgen, weil sonst die Währungsunion nicht funktioniere. Das versprochen die politischen Gründungsväter zur Einführung des Euro. Die Idee einer politischen Union ging im EU-Erweiterungsrausch unter – und die Währungsunion geriet in die Krise. Kein Euro-Rettungspolitiker hat diesen Konstruktionsfehler benannt und für eine politische Union geworben.

Wie weit Europa von einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik heute entfernt ist, lässt sich im libyschen Luftraum beobachten. Der Euro werde die Wirtschaftsstrukturen im Euroraum harmonisieren, versprach man. In der Krise zeigt sich das Gegenteil. Niemand weiß, wie Griechenland seine viel zu hohe Staatsschuld tragen und wie die hellenische Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig werden soll. Die irische Bankenkrise harrt ebenfalls noch der Lösung, während Portugal tiefer in den Strudel aus steigenden Schulden und sinkender Wirtschaftskraft gerät.

### Deutschland bürgt für 168 und zahlt fast 22 Milliarden Euro

Die Antwort der Gemeinschaft auf die Krise ist kein Neubau, sondern der Anbau eines dauerhaften Rettungsfonds an das alte, schiefe Fundament der Währungsunion. Auch das ist ein Wortbruch. Den Rettungsschirm, der Euro-Länder in Not vorübergehend mit Zeit und Geld versorgen sollte, gebe es nur befristet, hatten Finanzminister Schäuble und Bundeskanzlerin Merkel versprochen, als sie das Verbot der Haftung eines Eurolandes für die Schulden eines anderen kassierten (siehe [Im Gespräch: Wolfgang Schäuble: „Die Rettungsschirme laufen aus“](#)).

Den ewigen Krisenfonds werde es nur geben, wenn die Wirtschaftspolitik im Euroraum künftig deutschen Prinzipien folge, hatte Frau Merkel danach versprochen, als sie die Partnerländer mit ihrem „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ schockte, aus dem mittlerweile so viel heiße Luft entwichen ist, dass er als „Pakt für den Euro“ für alle unverbindlich genug ist. Vergessen ist auch das Versprechen, das koste kein Geld. Auf dem Preisschild des Rettungsfonds steht der unfassbare Betrag von 700 Milliarden Euro (80 Milliarden als Bareinlage und 620 als Garantie oder abrufbares Kapital). Deutschland bürgt für 168 und zahlt fast 22 Milliarden Euro als Bareinlage – Geld, das man leihen muss und das für soziale Zwecke oder anderes nicht zur Verfügung steht.

### Der Markt als Kontrollinstanz wird ausgeschaltet

Es werde mit der christlich-liberalen Regierung keine Vergemeinschaftung von Schulden in Europa geben, hat Frau Merkel nun in ihrer Regierungserklärung vor dem EU-Krisengipfel versprochen, auf dem gegen den erklärten Willen der schwarz-gelben Bundestagsfraktionen der direkte Kauf von Staatsanleihen durch den Krisenfonds beschlossen werden soll. Was soll das denn sonst sein, wenn nicht ein Schritt zur Vergemeinschaftung von Staatsschulden? Wie werden sich wohl die Parlamentarier fühlen, wenn sie die Gipfelbeschlüsse später abnicken dürfen?

Das neue, komplexe Regelwerk für die Währungsunion ist im Kern nichts anderes als eine auf Dauer angelegte Krisenhilfe. Der Euro-Stabilitätspakt hat nun zwar ein oder zwei Zähne mehr, da jedoch bei Verstößen keine automatischen Sanktionen folgen, hat der Pakt so wenig Biss wie zuvor. Indem der Krisenfonds Staatsanleihen mit schlechter Bonität aufkauft, wird der Markt als Kontrollinstanz ausgeschaltet. Länder, die über ihre Verhältnisse leben, werden nicht mehr mit hohen Zinsen vom Markt bestraft, sondern vom Krisenfonds mit Geld zu Vorzugszinsen belohnt. Natürlich sind die Auflagen des Fonds unbequem. Doch solange in Form von politischen Tauschgeschäften potentielle Sünder über aktuelle Sünder richten sind diese allemal leichter zu tragen als die Zinsforderung des Kapitalmarkts.

So wird die Währungsunion zur Transferunion, mit Deutschland und Frankreich als Retter vom Dienst. Das ist entgegen anderslautender Beteuerungen kein Akt der Solidarität von Starken für Schwache. Was ist daran solidarisch, wenn ein armes Land wie Slowenien, das sich an die Regeln gehalten hat, für ein reiches Land wie Irland zahlen muss, das die Regeln gebrochen hat? Selbstverständlich gibt es in der EU seit jeher Finanztransfers wie

die Agrarsubventionen oder die Strukturhilfen. Aber diese Mittel waren in der Summe immer eng begrenzt und im Zweck bestimmt. Jetzt wird das Tor zu Transfers in unbekannter Dimension aufgestoßen. Selbst beste Euro-Schuldner wie Deutschland oder Frankreich müssen aufpassen, dass sie ihren guten Ruf am Markt auf Dauer nicht verlieren.

Völlig offen ist die Frage, was mit den in der Vergangenheit angehäuften Schuldenbergen geschehen soll. Die Beteiligung der privaten Gläubiger an den Kosten der Staatsschuldenkrise soll es erst in ferner Zukunft geben, wenn überhaupt. Wer glaubt, dass im Ernstfall davon Gebrauch gemacht wird, wenn Banken mal wieder mit dem Zusammenbruch drohen? Mit Marktwirtschaft hat das wenig zu tun, wenn Investoren Zinskupons einstreichen und der Steuerzahler die Rechnung begleicht, wenn es schiefgeht. Die dauerhafte Krisenhilfe löst nicht das Kernproblem des Euroraums. Es gibt nur eine Währung mit einem Notenbankzins für siebzehn Länder, deren Wirtschaftsentwicklung auseinander strebt. Das passt nicht.



F.A.Z.:

„Jede Wette, dass Ihr Vorschlag nicht verwirklicht und stattdessen der Rettungsschirm für die Euro-Länder verlängert wird.“

Schäuble:

„Solange Angela Merkel Bundeskanzlerin ist und ich Finanzminister bin, würden Sie diese Wette verlieren. Die Rettungsschirme laufen aus. Das haben wir klar vereinbart.“

*Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble im Interview mit der F.A.Z vom 24. Juli 2010*

© dpa

Text: F.A.Z.

Bildmaterial: dpa

#### Lesermeinungen zum Beitrag [49]

Wer rettet Deutschland? 28. März 2011, 00:37

Liebe Frau Ulla Nachtmann 26. März 2011, 22:25

P.S. Wie sollen die Sender wie ARD und ZDF auch unabhängig sein 26. März 2011, 21:10

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2011.

Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte erwerben



Verlagsinformation

Ob Mietvertrag, Arbeitsvertrag, Kredit oder Autokauf: Mit einem rechtssicheren Profi-Vertrag schließen Sie Risiken im Voraus aus. Zahlreiche Musterverträge finden Sie unter [vertraege.faz.net](http://vertraege.faz.net)

Europa in der Schuldenkrise

#### So funktioniert der Euro-Krisenfonds



Bisher war der europäische Hilfsfonds nur vorübergehend angelegt. Ab 2013 wird es einen dauerhaften Krisenmechanismus geben. Deutschland muss dafür knapp 22 Milliarden Euro zahlen. *Werner Mussler* erklärt die Funktionsweise des Rettungstopfes. >

Euro-Krisenfonds

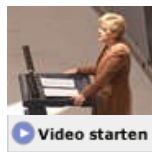
## Die Konstruktionsfehler bleiben

Das neue Regelwerk für den Euro steht und wird beim Gipfel in Brüssel nun von den EU-Staats- und Regierungschefs beschlossen. Es verändert die Währungsunion. Die Krisenherde sind damit auf Dauer aber nicht eingedämmt. *Von Werner Mussler, Brüssel* >



Vor dem EU-Gipfel zum Rettungspaket

### Merkel sieht Deutschland als Profiteur des Euro



Spezial Deutschland soll in den neuen EU-Krisenfonds 22 Milliarden Euro in bar einzahlen. Die Haftung sei nach oben begrenzt, sagt Kanzlerin Merkel im Bundestag. Sie erklärt 2011 zu einem „Jahr des Vertrauens“ für den Euro. Steinbrück warnt vor einem EU-Zerfall. >

Schuldenkrise

### Merkel reagiert auf Kritik am Euro-Fonds

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat auf Kritik aus den eigenen Reihen reagiert und dringt nun auf Nachbesserungen an dem neuen Krisenmechanismus ESM. Vor allem die FDP hatte zuvor Änderungen gefordert. *Von Manfred Schäfers und Markus Frühauf* >



Finanzminister einigen sich

### Der neue Euro-Krisenfonds steht



Das Regelwerk für den künftigen Euro-Krisenmechanismus steht. Die EU-Finanzminister haben sich auf einen Krisenfonds von 700 Milliarden Euro geeinigt. Die deutsche Bareinlage liegt bei knapp 22 Milliarden Euro - die der Staat aufnehmen muss. *Von Werner Mussler und Henrike Roßbach* >

EU-Schuldenkrise

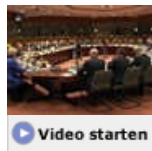
### Schäuble verteidigt Einigung auf Euro-Gipfel

Etliche Stimmen aus CDU und FDP kritisieren die Einigung auf dem Euro-Gipfeltreffen vom Wochenende. Sie glauben, die Kanzlerin habe einer Transferunion den Weg bereitet. Dagegen wendet sich nun Finanzminister Schäuble bei einem Ressorttreffen in Brüssel. >



Gipfeltreffen zur Währungsunion

### EU besorgt über portugiesische Regierungskrise



Am Donnerstagabend wollen die EU-Staaten die Reform der Währungsunion verabschieden. Braucht auch Portugal bald Hilfen? Luxemburgs Ministerpräsident Juncker deutet schon den Umfang eines möglichen Hilfspakets an: 75 Milliarden Euro sei realistisch. >

Portugal

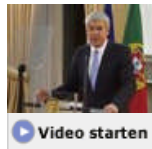
### Sócrates am Ende

Vor sechs Jahren begleiteten große Hoffnungen den deutlichen Wahlsieg des portugiesischen Ministerpräsidenten Sócrates. In letzter Zeit ging es für ihn in der Politik jedoch steil bergab, bis er zurücktrat. Nun muss sein Land womöglich als erstes den neuen EU-Rettungsschirm in Anspruch nehmen. *Von Leo Wieland* >



Portugal

### Ministerpräsident Sócrates tritt zurück

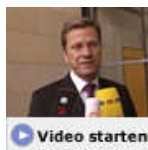


Der portugiesische Ministerpräsident José Sócrates ist am Mittwochabend zurückgetreten. Das gab Präsident Aníbal Cavaco Silva nach einem Treffen mit Sócrates in Lissabon bekannt. Kurz zuvor war ein Sparpaket der sozialistischen Minderheitsregierung im Parlament abgelehnt worden. >

Rücktritt von Portugals Ministerpräsidenten

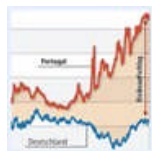
### Westerwelle sieht Situation als Besorgnis erregend an

Der portugiesische Ministerpräsident José Sócrates hat seinen Rücktritt eingereicht. Mit seinem Rücktritt zog der Sozialist die Konsequenzen aus einer Niederlage bei einer Abstimmung im Parlament von Lissabon. Der deutsche Außenminister Guido Westerwelle bewertet die Situation in Portugal als Besorgnis erregend. >



Furcht vor der Umschuldung

### Portugals Regierungskrise beunruhigt Märkte



Die Reformbeschlüsse der Euro-Staaten haben die Märkte nicht beruhigt. Nun ist auch noch die portugiesische Regierung gestürzt. Die Risikoprämien steigen auf Rekordniveau - und die Furcht vor dem ungeordneten Zahlungsausfall wächst. *Von Stefan Ruhkamp* >

Im Gespräch: Wolfgang Schäuble

## „Die Rettungsschirme laufen aus - das haben wir klar vereinbart“

Wolfgang Schäuble hat diese Woche als erster ausländischer Minister an einer Sitzung des französischen Kabinetts teilgenommen. Eine schöne Abwechslung. In Paris erfährt er den Respekt, den die Kollegen in Berlin vermissen lassen. [▶](#)

